13.	**05/0452**	**Bustrasse mit Freigabe für Radfahrer und Fußgänger zwischen Udetstraße und Albert-Sonntag-Straße**	**FB 6/10 FB 1**

17.	**05/0463**	**Ausbau Albert-Sonntag-Straße/Udetstraße, Hangelar (Antrag der CDU-Fraktion vom 15.11.2005)**	**FB 6/10 FB 1**

Frau Roitzheim trug vor, dass der Bürgerwille in der Niederschrift zur Bürgerversammlung, die der Sitzungsvorlage als Anlage beigefügt ist, eindeutig dokumentiert sei. Danach hätten sich die Bürger für die Variante 2, der Errichtung eines Geh- und Radweges, entschieden. Der Ausschuss sollte dem folgen, in dem er sich in Erweiterung des Beschlussvorschlages für die Variante 2 ausspricht und die Verwaltung beauftragt, die notwendigen Voraussetzungen für die Umsetzung unter Einbeziehung der Intention des CDU-Antrages zu schaffen.

Herr Dr. Frank schloss sich den Ausführungen von Frau Roitzheim an. Unabhängig davon, dass man dem Bürgerwillen folgen wolle, fehlten letztlich die Finanzmittel für eine anderweitige Lösung, da wohl auch mit einer Förderung des Landes diesbezüglich nicht zu rechnen gewesen sei. Es sollte allerdings keine „Luxusversion“ zur Ausführung kommen. Abschließend bat er die Verwaltung um Mitteilung, wie sich die Finanzierung darstelle.

Herr Gleß teilte mit, dass die Verwaltung z. Z. bemüht sei, eine Finanzierung über einen Dritten herbeizuführen. Wenn das nicht gelingen sollte, müsste die Realisierung über den städtischen Haushalt erfolgen. Er gehe davon aus, dass die Maßnahme insgesamt billiger ausfallen werde, als durch die bisherigen Mittelanmeldungen zum Haushalt in Höhe von 50.000 € suggeriert werde.

Herr Züll bat auch zu Bedenken, dass die Beschlusslage und Überlegungen aus der Vergangenheit zu diesem Bereich im Rahmen des VEP nicht in Vergessenheit geraten dürfe. Die Umsetzung der Variante 2, für die er ebenfalls plädiere, müsse vor diesem Hintergrund erfolgen. Er habe aus der Bürgerversammlung auch mitgenommen, dass Verkehrssicherheitsmaßnahmen getroffen werden müssen. So müsste im Bereich des Anschlusses an die Albert-Sonntag-Straße aus Gründen der Verkehrssicherheit (Begegnungsverkehre) eine deutliche Reduzierung der Stellplätze erfolgen.

Auf Nachfrage von Frau Roitzheim, ob es mit Blick in die Zukunft ein Fehler sei, mit dem heute beabsichtigten Beschluss hinter den Festsetzungen des B-Planes zurückzubleiben, bestätigte Herr Gleß, dass das nicht der Fall sei.

Herr Köhler schloss sich den vorangegangenen Ausführungen an, wonach auch der Verkehrssicherheit Rechnung getragen werden müsse. Dadurch müssten dann auch Stellplätze entfallen, damit u.a. Rettungsfahrzeuge ungehindert Zugang erhalten. Er verwies auf frühere Überlegungen zur Errichtung eines Zentralen Omnibusbahnhofes (ZOB) in die-

sem Bereich. Jetzt habe sich allerdings die Situation im Umfeld durch die Bebauung verändert. Dennoch sollte dieser Sachverhalt im Rahmen des anstehenden Beschlusses bedacht werden.

Der Ausschussvorsitzende fasste als Ergebnis der Beratungen zusammen, dass sich alle Fraktionen für den Bau des Rad- und Gehweges ausgesprochen hätten. Die Verwaltung sei damit beauftragt, die nötigen Voraussetzungen zu schaffen und hierbei insbesondere die von ihr angekündigte Möglichkeit der Finanzierung über Dritte weiter zu verfolgen.

Dem stimmte der Ausschuss in der folgenden Abstimmung

einstimmig zu.